Meinerzhagener Zeitung

Gelesenste Tageszeitung in Meinerzhagen u. Umgegend

Amtlicher Anzeiger

Die Meinerzhagener Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: Monatlich 4000 Mark einschließlich Botenlohn; beim Bezuge durch die Post monatlich 4000 Mark. Preis der Einzelnummer 150 M. Sämtliche Preise sind freibleibend. Telegramm-Adresse: Zeitung Meinerzhagen. Verantwortlicher Schriftleiter: Walther Kämper, Meinerzhagen i. W. Redaktion u. Geschäftsstelle Hochstr. 1

Fernsprecher Amt Meinerzhagen Nr. 242
Postscheckkonto: Dortmund 11452 — Schließfach 53
Im Falle höherer Gewalt, Streik oder Betriebsstörung hat der Bezieher kein Anspruch auf eine Entschädigung

Herausgabe, Druck und Verlag von Walther Kämper, Meinerzhagen, Hochstraße 1

Die siebengespaltene Millimeterzeile kostet für Anzeigen 80,— M. Reklamen kosten die dreigespaltene Millimeterzeile 300,— M. Beilagengebühr 8000,— M. pro 1000 Stück ausschließlich Postgebühr. Bei Zwangseinziehung und Konkursen fällt der gewährte Rabatt weg. Auskunft u. Briefannahme 150 M. Erfüllungsort: Meinerzhagen i. W. Keine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen oder auch Stellen.

Nummer 102 — Mittwoch, den 2. Mai 1923 — 12. Jahrgang

Krupp v. Bohlen-Halbach verhaftet.

Antrag im Reichstag um Aufklärung des Marksturzes. — Zwischenfall in München.

Krupp v. Bohlen-Halbach verhaftet.

Essen, 2. Mai. Herr Krupp von Bohlen-Halbach wurde nach kurzer Vernehmung ins Gefängnis abgeführt.

Antrag im Reichstag um Aufklärung des Marksturzes.

Berlin, 2. Mai. Die Berliner Arbeitsgemeinschaft der Mitte hat dem Reichstag eine Interpellation eingebracht, wonach sie nach den Ursachen und Gründen des Währungseinbruches fragt und sich erkundigt, welche Maßnahmen die Regierung zur Verhütung ähnlicher Vorgänge getroffen hat. Aehnlich teilt „Der Deutsche" mit, daß es sich um einen Vorschlag Dr. Stresemanns handle und daß die Arbeitsgemeinschaft auf dem Standpunkt stehe, daß unter allen Umständen darüber Klarheit geschaffen werden müsse, was zu dem neuen Marksturz geführt hat und daß nicht geruht werden dürfte, bis die Schuldigen zur Rechenschaft gezogen seien.

Ein Zwischenfall in München.

München, 2. Mai. Die nationalsozialistischen Sturmtrupps hatten schon gestern morgen eine große Zahl auf dem Oberen Wiesenfeld in Bereitschaft gestellt. Um 11 Uhr sperrte die Landespolizei die Zugänge zur Stadt ab, um einen Einmarsch der Hitlerleute auf alle Fälle zu verhindern. Am Nachmittag zerstreuten sich die Nationalsozialisten. Darauf ereignete sich in der Elisabethenstraße ein kleiner Zwischenfall. Ein Trupp Nationalsozialisten überholte einen Zug Sozialisten, denen die Fahnen weggenommen und verbrannt wurden.

Die Garantie der Industrie.

Von unserem Berliner Mitarbeiter.

Die Frage, ob die Industrie die Garantierung der deutschen Entschädigungsverpflichtungen übernehmen wird, spielt noch immer eine große Rolle. Inzwischen haben Verhandlungen innerhalb der Industrie stattgefunden, von denen die Oeffentlichkeit wenig erfahren hat; auch haben Verhandlungen von führenden Industriellen mit der Regierung die Garantierungsfrage berührt, aber es liegt auch eine Art Dementi vor, aus dem man schließen könnte, daß die Industrie noch keinerlei Verpflichtungen übernommen hat. Selbstverständlich hat die Industrie die Uebernahme der Verpflichtung noch nicht offiziell erklärt, sondern sich Bedenkzeit erbeten, bis der ganze Entschädigungsplan der Regierung gefügt ist und sich ein Bild machen läßt, ob Deutschland die Verpflichtungen überhaupt durchführen kann. Die Industrie denkt eben kaufmännisch. Sie ist sich darüber klar, daß sie infolge ihrer Garantie einspringen müßte, wenn das Reich mit Zahlungen oder Leistungen im Rückstande bliebe.

Es liegt nun nahe, zu untersuchen, ob die Industrie ein Interesse daran haben kann, daß die jetzigen deutschen Schwierigkeiten beseitigt werden. Man hört heute oft, die Industrie lebe tatsächlich nur von der Markentwertung. Diese Behauptung sucht man zu begründen auch damit, daß ja die Industrie es gewesen sei, die die Stabilisierungsgrenze zu Ungunsten der Mark verschoben habe, weil sie immer weniger Auslandsaufträge erhielt. So meint man, eine Besserung der Mark, was sich aus einem gesunden Entschädigungsabkommen ergeben müßte, wäre der Industrie hinderlich. Deutschland würde mit seiner Produktion über dem Weltmarktpreise stehen, und die deutsche Industrie könnte nur dann auf Absatz im Auslande rechnen, wenn sie billiger zu liefern in der Lage wäre, als die englische, amerikanische oder skandinavische Konkurrenz. Diese Auffassung ist falsch. Gewiß ist sich die deutsche Industrie bewußt, daß, sobald es zu einer dauernden Besserung der Mark käme, zunächst ein Stillstand im Absatz eintreten würde. Man hat aber auch die nötigen Maßnahmen bereits erwogen, wie die Fabriken in diesem Falle aufrecht erhalten, die überzähligen Arbeiter beschäftigt werden könnten. Diese Voraussicht war jetzt bei der Markbesserung nicht anwendbar, weil die deutsche Finanzlage nach einer Lockerung der Stabilisierung rief. Die Industrie ist also auf Opfer vorbereitet und zu Opfern bereit. Sie weiß aber auch, daß sie die Garantierung der deutschen Vorschläge nur übernehmen kann, wenn dem deutschen Handel im Auslande die Beschränkungen genommen werden. Früher hat die deutsche Industrie die Konkurrenz auf dem Weltmarkt ausgehalten und Absatz gefunden, sie ist heute noch in der Lage, bei gleichen Preisen Besseres zu bieten. Sie fürchtet also die Anpassung der deutschen Preise an den Weltmarktpreis nicht, würde sich aber dagegen wehren, daß diese Preise durch zu hohe Löhne, Steuern und Zölle über den Weltmarktpreis geschraubt werden.

Infolgedessen geht die Industrie ernstlich daran, dem Reich die Möglichkeit zu bieten, aus den Schwierigkeiten herauszukommen. Und sie wird freiwillig die Bürgschaft übernehmen, denn sie weiß, daß andernfalls durch Gesetz ihr diese Bürgschaft übertragen werden würde. Immerhin wird man damit rechnen müssen, daß das Abkommen zwischen Industrie und Regierung in die Form eines Gesetzes gekleidet wird, das indessen nicht das Aussehen eines Zwangsgesetzes zeigen dürfte, um dem Auslande größere Sicherheiten zu geben, muß schon dieses Abkommen durch Gesetz sanktioniert werden. Aber die Garantierung der Industrie hat nicht nur die Bedeutung für Frankreich, daß es sich auf die deutschen Zusagen verlassen kann, sondern sie hat darüber hinaus noch anderen Wert. Deutschland muß, wenn es seinen Vorschlag durchführen will, das gesamte Ausland um Kredit angehen, muß versuchen, internationale Anleihen zustande zu bringen. Auch für diese gilt gleichzeitig die Bürgschaft der Industrie, die freilich durch die Bürgschaft der Landwirtschaft, des Handels und der Banken, die ebenfalls in Gesetzform zu schmieden wäre, unterstützt werden muß. Wir erkennen daraus, wie wertvolle Dienste unsere Industrie uns leisten kann, denn zu ihr hat das Ausland mehr Vertrauen als zu den Fähigkeiten der Regierung, zu den Fähigkeiten des Reiches, die übernommenen großen Verpflichtungen zu erfüllen.

Die Verhandlungen zwischen Industrie und Regierung werden deshalb nicht kurz übers Knie gebrochen werden können. Sie haben die größte Bedeutung im gegenwärtigen Augenblick. Dessen ist sich die Regierung bewußt, und das weiß die Industrie. Sie hat einmal schon, als Bergmann nach Paris fuhr, ihre Unterschrift mitgegeben, daß sie für die Vorschläge garantiere. Sie wird diese Unterschrift wiederholen. Denn sie wünscht — sich völlig bewußt, daß auftretende Schwierigkeiten in nächster Zeit überwunden werden müssen — der Unsicherheit ein Ende zu machen.

Rückzug Poincaree's.

Die Forderung nach Aufgabe des passiven Widerstandes fallen gelassen? Englisch-belgische Annäherung.

Aus **London** wird gemeldet: Die vor einigen Tagen bereits mehrfach angekündigte Note der französischen Regierung an die Alliierten, in der Frankreich angeblich als unerläßliche Vorbedingung für die Erörterung eines deutschen Angebots die vollständige Aufgabe des deutschen Widerstandes im Ruhrgebiet fordern wollte, ist bisher in London nicht überreicht worden. Die überaus herzlichen Freundschaftsversicherungen, die der Prinz von Wales und der König von Belgien am Sonnabend und Sonntag in Brüssel ausgetauscht haben, sollen die französische Regierung veranlaßt haben, auf die **Ueberreichung der angekündigten Note zu verzichten.** In hiesigen sehr gut unterrichteten diplomatischen und politischen Kreisen mißt man der Nachricht über die englisch-belgische Annäherung die größte politische Bedeutung bei. Von der Vollständigkeit und Großzügigkeit des deutschen Angebots werde es offenbar abhängen, ob Belgien, England und Italien beschließen werden, zusammen in Paris auf Verhandlungen mit Deutschland zu drängen. Ein Vorschlag, der in England und Italien von vornherein eine gute Aufnahme finden werde, müßte, so wird versichert, die Zahlung von 30 bis 40 Milliarden Goldmark vorsehen und es einem Sachverständigen-Ausschuß überlassen, was Deutschland darüber hinaus an weiteren Zahlungen leisten könne und in welchen Raten die festgesetzte Gesamtsumme zu bezahlen sei.

Hierzu wird weiter aus Paris gemeldet: Frankreich hat allem Anschein nach darauf verzichtet, in den Hauptstädten der Verbündeten betonen zu lassen, daß es die Aufgabe des passiven Widerstandes als Bedingung für Verhandlungen betrachte. Am Quai d'Orsay wurde jedenfalls mitgeteilt, daß der Schritt bisher nicht unternommen wurde und daß es nicht sicher sei, ob er überhaupt unternommen würde.

*

Wenn Poincaree vor der Ueberreichung des deutschen Angebots davon absieht, unzweideutig zu erklären, daß er sich nur zu Verhandlungen bereit finden würde, wenn der deutsche Widerstand im Ruhrgebiet eingestellt würde, so ist damit noch nicht gesagt, daß er auf diese Forderung endgültig verzichtet hat. Das geht auch nicht aus den vorstehenden Meldungen hervor. Es ist immerhin damit zu rechnen, daß Poincaree nach der Ueberreichung des deutschen Angebots nach zu dem von ihm ursprünglich geplanten Schlage gegen die deutsche Verhandlungsbereitschaft ausholen wird. Der Gedanke, daß Deutschland aufs Knie gezwungen werden müsse und ihm aufs Neue ein Entschädigungsdiktat nach den französischen Wünschen diktiert werde, ist dem französischen Volke in den letzten Tagen derartig suggeriert worden, daß Poincaree wohl sicherlich durch eine sofortige Zustimmung zu Verhandlungen seiner Politik vom Januar wieder eine neue Richtung geben konnte. Aus diesem Grunde kann nicht genug vor überspannten Hoffnungen auf eine Verständigung gewarnt werden.

Die deutsche Note.

Aus **Berlin** wird gemeldet: Die Beratungen der Reichsregierung über die Note an die alliierten Mächte sind am Montag in später Abendstunde abgeschlossen worden. Der Inhalt ist Dienstag vormittag den Parteiführern vom Reichskanzler mitgeteilt worden. Am Dienstag nachmittag 3 Uhr findet die Besprechung mit den Ministerpräsidenten der Länder statt. Die Ueberreichung der Note wird am Mittwoch erfolgen und zwar zu gleicher Zeit in London, Rom, Paris und Brüssel. Auch in Washington wird sie zu der gleichen Zeit zur Kenntnis gebracht werden.

Wenn in der „Daily News" und auch in anderen auswärtigen Zeitungen Einzelheiten über den voraussichtlichen Inhalt der Note veröffentlicht werden, so bedarf es keiner erneuten Betonung, daß es sich hier um reine Kombinationen handele, was schon am besten daraus erhellt, daß Inhalt und Form noch keineswegs endgiltig feststehen, sondern ja zunächst noch den maßgebenden Stellen vorgelegt werden sollen. Was den Bericht der „Daily News" insbesondere anlangt, der von 30 Milliarden Goldmark und Verpfändung der Reichseisenbahnen usw. spricht, so wird uns von zuständiger Seite erneut erklärt, daß diese Angaben keineswegs auf Informationen von amtlicher Seite beruhen.

Belgische Truppensendungen nach dem Ruhrgebiet.

Bedeutende Kontingente belgischer Truppen sind nach dem Ruhrgebiet abgesandt worden; im ganzen 4500 Mann mit ihren Offizieren. Es handelt sich in der Mehrzahl um Artillerie sowie um eine Fliegerabteilung, die dazu bestimmt sind, Truppen, die nach Belgien zurückkehren, abzulösen.

*

Eine Kraftprobe Poincarees.

Nach dem „Echo de Paris" gedenkt die Regierung im Hinblick auf den sich immer stärker geltend machenden Einfluß der der bevorstehenden Kammerwahlen, sobald Kammer und Senat sich über das noch immer nicht erledigte Budget für 1923 verständigt hätten, sofort das Budget für 1924 einzubringen. Die Regierung sei schon jetzt entschlossen, die Abstimmung über ein zweijähriges Budget 1923/24 mit der Stellung der Vertrauensfrage zu verknüpfen.

Das Schicksal des Saargebiets.

Der Präsident der Saarregierung, Raoul, hatte eine längere Besprechung mit Poincaree, worin er ihm mitteilte, daß die letzten Beschlüsse des Völkerbundes es der Saarregierung ermöglichten, weiter alle notwendigen Maßnahmen gegen alldeutsche Treibereien zu ergreifen. „Echo de Paris" macht übrigens den Völkerbund darauf aufmerksam, daß dieser kein Recht habe, der Saarregierung bei der Durchführung ihrer Aufgabe Schwierigkeiten zu bereiten, denn im § 30 des Kapitels 2 des Friedensvertrages sei vorgesehen, daß die Saarregierung unter allen Umständen den Schutz von Personen und Gütern im Saargebiet wahrzunehmen habe. „Echo de Paris" behauptet, die Saarregierung habe daher im Saargebiet auch solche Verordnungen zu erlassen, wie die jüngst zum Schutz ihrer Autorität erlassenen. Falls der Völkerbund weiter die Bestimmungen des Friedensvertrages verkennen sollte, würde die französische Regierung die Aufgabe haben, selbst über die Achtung der Rechte zu wachen, die ihr durch den Friedensvertrag zuerkannt wurden.

Weitere Zechenbesetzungen.

Nach einer Meldung aus Düsseldorf wurden vier Gruben neubesetzt, die Grube 2 bei Gladbeck, Grube

Blumenthal 2 bei Recklinghausen, Grube Recklinghausener bei Recklinghausen und Grube Dahlbusch bei Gelsenkirchen.

Die neue Devisenordnung.

Berlin. Zu den Meldungen über den bevorstehenden Erlaß der Devisenordnung hören wir, daß die Beschlüsse über den Text der Devisenordnung noch nicht vorliegen. Wahrscheinlich wird erst am Mittwoch bezw. am Donnerstag ein endgültiger Beschluß gefaßt werden, sodaß die Devisenordnung voraussichtlich zugleich mit dem Angebot der neuen Entschädigungsvorschläge an die ausländischen Regierungen vorliegen wird. Ueber den Inhalt der Verordnung ist Näheres noch nicht bekanntgegeben.

Neue Teuerungsverhandlungen.

Berlin. Hier fand eine Besprechung der Spitzenorganisationen der Beamten und Arbeiter statt, in der beschlossen wurde, das Reichsfinanzministerium zu ersuchen, angesichts der ungünstigen Preisentwicklung der letzten Wochen mit den Organisationen über eine Erhöhung der Aprilgehälter zu verhandeln.

Eine Mahnung zur Ruhe in München.

München. Gegenüber den Gerüchten und Pressemeldungen über bevorstehende Ruhestörungen in München wird folgendes amtlich verlautbart: Es sind Gerüchte im Umlauf, die Maifeier der Linksparteien würde Anlaß zu Ordnungsstörungen und zu Zusammenstößen zwischen links- und rechtsgerichteten Vereinigungen geben. Es wird auch davon gesprochen, die Staatsregierung habe die vaterländischen Verbände zum Schutz der Ordnung aufgerufen. Alle diese Gerüchte entbehren jeder Begründung. Es sind bisher keine Anhaltspunkte dafür gegeben, daß es am 1. Mai zu erheblichen Zusammenstößen kommen werde. Die Staatsregierung ist im Besitz der nötigen polizeilichen Machtmittel, um jeder Ruhestörung mit allem Nachdruck zu begegnen, und wird von diesen erforderlichenfalls auch entsprechenden Gebrauch machen. Alle Staatsbürger werden ermahnt, Ruhe und Besonnenheit zu wahren und Herausforderungen Andersdenkender unbedingt zu unterlassen.

Behinderung des Arbeiterverkehrs.

Mannheim. Da die Franzosen in der Pfalz die Arbeiterbeförderung mit Lastautos nur gestatten, wenn der Schienenweg nicht benutzt werden kann, und so Firmen an den militarisierten Bahnen die Arbeiterbeförderung unmöglich gemacht wird, hat die Badische Anilin- und Sodafabrik, nach einer Meldung der „Montagspost" verfügt, daß auswärtige Arbeiter zunächst ihren kontraktmäßigen Urlaub antreten. Falls sie nach dessen Ablauf nicht in die Fabrik kommen können, sollen sie zwei Drittel des Lohnes als Wartegeld erhalten.

Rückkehr Rollets nach Berlin.

Paris. Wie „Petit Parisien" mitteilt, ist General Rollet, der sich seit einigen Tagen zur Berichterstattung über die Schutzpolizei-Note in Paris aufgehalten hat, wieder nach Berlin zurückgekehrt.

Flugverkehr Berlin—Zürich.

München. Wie die „Münchener Neuesten Nachrichten" melden, wird am 14. Mai ein regelmäßiger Werktagsflugverkehr Berlin—Leipzig—München—Zürich und München—Wien beginnen. Der weitere Verkehr nach Budapest ist nur noch eine Frage von einigen Wochen. Dre Verkehr findet in beiden Richtungen statt.

Flugverkehr Berlin—London.

London. Der erste London-Berliner Daimler-Expreß hat Montag früh 9,30 Uhr Greyton verlassen und wird gegen Abend in Berlin eintreffen. Vormittags 9 Uhr verläßt das Berliner Flugzeug Berlin und wird ebenfalls gegen Abend in London eintreffen.

Die französisch-türkische Spannung.

London. „Daily Expreß" berichtet aus Paris, daß die französisch-türkischen Beziehungen sehr gespannt seien. Ganz Frankreich stehe bei der Weigerung, das türkische Angebot anzunehmen, hinter der Regierung.

Marschall Fochs Warschau-Reise.

Paris. Marschall Foch hat sich am Sonntag nach Warschau begeben, um an dem polnischen Nationalfest teilzunehmen. Er will sich auch persönlich von den Fortschritten der jungen polnischen und tschechischen Armee überzeugen.

Maifeier von 10 Minuten in Paris.

Paris. Die Arbeiterorganisationen haben beschlossen, am 1. Mai in allen Betrieben von Paris die Arbeit auf zehn Minuten zu unterbrechen.

Die Teuerung in Frankreich.

Paris. In St. Etienne tagte ein Metallarbeiterkongreß, der 18 000 Metallarbeiter vertrat. Die Metallarbeiter faßten einen Beschluß, nach dem infolge der fortschreitenden Teuerung eine 20prozentige Lohnerhöhung und Erlaß der Einkommensteuer gefordert wird Es wude eine Kommission gewählt, die einem demnächst abzuhaltenden neuen Kongreß Bericht erstatten soll.

Ausweisung französischer Abgeordneter aus Spanien.

Paris. Der französische Abgeordnete Bruise, ehemaliger Unterstaatssekretär im Finanzministerium, hatte in Begleitung des Abgeordneten Malaut sich nach Barcelona begeben. Sofort nach ihrer Ankunft wurden die französischen Abgeordneten von der spanischen Regierung ausgewiesen. Sie mußten unter polizeilicher Bewachung nach Frankreich zurückkehren. Abgeordneter Brusse hat telegraphisch bei dem französischen Ministerpräsidenten protestiert.

Kommunistenverhaftungen in Amerika.

Neuyork. Die Kommunisten hatten beschlossen, am 1. Mai die Arbeit einzustellen und bereits umfangreiche Vorbereitungen getroffen. Inzwischen sind aber die bedeutendsten kommunistischen Führer von der amerikanischen Bundespolizei verhaftet worden.

Kommunistische Demonstrationen in Klagenfurth.

Klagenfurth. Am Sonntag abend fand zu derselben Zeit, als Bundeskanzler Seipl im Hotel „Sandwirt" sprach, eine kommunistische Protestversammlung gegen den Bundeskanzler statt. Um einen etwa geplanten Demonstrationszug gegen den Bundeskanzler zu verhindern, wurden sämtliche Türen gesperrt. Nach Schluß der kommunistischen Kundgebung versuchten Mitglieder der Versammlung, den Polizeikordon zu sprengen, wobei ein Polizeiwachtmeister verletzt wurde. Da die Lage immer bedrohlicher wurde, räumte die Polizei schließlich den Platz.

Sozialistische Wahlniederlage in der Schweiz.

Basel. Als Abschluß der Kantonatsratswahlen in der Schweiz fand am Sonntag in Basel die Neuwahl für die Kantonalregierung und das Kantonalparlament statt. Im Parlamente hatten im Jahre 1920 die Bürgerlichen die Mehrheit an die Sozialisten verloren. Diesmal unterlagen die Sozialisten, und zwar erhielten die Bürgerlichen 67 Sitze und die Sozialisten nur 61 Sitze, während sie bisher 67 Sitze gegen 63 der Bürgerlichen inne hatten. Bei der Wahl der Regierung wurden die sechs bürgerlichen Kandidaten gewählt, während die beiden sozialistischen Mitglieder nicht wiedergewählt wurden. Das Kennzeichen auch bei den übrigen Kantonalratswahlen in der Schweiz ist eine Abnahme der sozialistischen Stimmen, vor allem aber der kommunistischen. Der Wahlkampf war überall auf beiden Seiten äußerst heftig.

Beilegung des Streiks in den Zeiß-Werken.

Jena. Der Streik in der Jenaer optischen und Glasindustrie ist beigelegt worden. Die Arbeiter haben die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen. Ueber die endgültige Festsetzung der Löhne werden zwar gegenwärtig noch Verhandlungen gepflogen, aber es steht schon bereits jetzt fest, daß die Arbeiter eine Erhöhung des Stundenlohnes für die Monate März und April erhalten. Für Monat März beträgt dann der Lohnsatz 16 016, für April 16 080 Mark. Das neue Lohnabkommen gilt bis zum 15. Mai. Beide Parteien sind sich entgegengekommen. Die Arbeiter erhalten, obwohl die Arbeit erst am Mittwoch wieder aufgenommen wird, einen halben Tageslohn am Montag und den 1. Mai als Feiertag bezahlt.

Telegraphenarbeiterstreik in Belgien.

Brüssel. Die Telegraphenarbeiter in Verviers, Lüttich und Löwen haben die Arbeit niedergelegt. Die Bewegung gewinnt an Umfang. Es scheint, daß es bei dem Streik mehr um politische als um wirtschaftliche Gründe handelt. Die Regierung will erst verhandeln, wenn die Arbeit wieder aufgenommen ist.

Selbstmord eines russischen Prinzen.

München. Vor einigen Tagen hat sich in einem hiesigen erstklassigen Hotel gleich nach seiner Ankunft ein Unbekannter durch einen Schuß in den Kopf schwer verletzt. Er ist inzwischen seinen Verletzungen erlegen. Er hatte Papiere bei sich auf den Namen eines Prinzen Samerkoff. Es soll sich um einen Verwandten des Zaren handeln.

Um die türkischen Konzessionen

Lausanne. Der Direktor der Otomanischen Bank, Steeg, der sich augenblicklich vorübergehend in Lausanne aufhält, hat seinen Optimismus zum Ausdruck gebracht, hinsichtlich der Konstantinopeler Verhandlungen über die Konzessionen. Wenn die Verhandlungen zu einem guten Resultat führen, was ich glaube, sagte Steeg, so werden sie sicherlich die Vorschüsse der Otomanischen Bank an die türkische Regierung erleichtern. Steeg hat im übrigen der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß Konstantinopel die Hauptstadt bleibe und daß man auf Angora, das sehr schwer zu erreichen sei, verzichte.

Die Anleiheverhandlungen Ungarns.

Paris. Graf Bethlen wird voraussichtlich in der kommenden Woche von Paris nach London und dann nach Rom reisen.

Allerlei vom Tage.

Zwischen Deutschland und Portugal ist ein vorläufiges Handelsabkommen abgeschlossen worden, das in der Frage der Meistbegünstigung Deutschland mit Frankreich gleichstellt.

In Hamburg hat in Anwesenheit des Reichspräsidenten auf der Werft Blohm & Voß der Stapellauf des Doppelschraubendampfers „Deutschland" (22 000 Br.-Reg.-To.) stattgefunden.

Kardinal von Faulhaber ist in Washington vom Präsidenten Harding empfangen worden.

Der sächsische Ministerpräsident hat nach einer Meldung des „L.-A." aus Dresden angeordnet, daß am 1. Mai alle staatlichen Gebäude, Schulen usw. zu flaggen haben.

Der erste Vizepräsident des Preußischen Landtages, Geheimer Justizrat Dr. Felix Porsch, ist am 30. April 70 Jahre alt geworden.

Die Botschafter-Konferenz hat den durch die Vermittlung des deutschen Botschafters in Paris übermittelten Wunsch der deutschen Regierung, in der Frage des Optionsrechtes der Memelländer gehört zu werden, abgelehnt.

Der amerikanische Schatzkanzler Mellon wird sich demnächst nach Europa begeben, um mit bedeutenden Persönlichkeiten der Finanzwelt zu beraten.

Eine in Essen geplante kommunistische Demonstration fand nicht statt, weil nur etwa 100 Mann erschienen waren.

Das Hauptquartier der irischen Aufständischen ordnete die Einstellung der Operationen vom 30. April ab an.

Ein großes Hilfswerk für das Ruhrgebiet haben die Deutschen Argentiniens in die Wege geleitet. Bis zum 16. Februar hatten sie schon 550 000 Pesos überwiesen, was zum jeweiligen Tageskurs umgerechnet die stattliche Summe von etwa 6 Milliarden und 350 Millionen Mark ergibt. Die Sammlung geht weiter und bald werden 650 000 Pesos erreicht sein.

Der Zeitungsdruckpapierpreis steigt weiter auf 1550 Mark je Kilo für den Monat April von 1400 Mark je Kilo im Monat März.

Zur Beisetzung der Großherzogin Luise von Baden sind zahlreiche Fürstlichkeiten eingetroffen: Kronprinzessin Caecilie, Prinz Eitel Friedrich, Herzog und Herzogin Ernst August von Braunschweig, Prinz Friedrich, Carl von Hessen u. a. m.

Die Vertreter der im Streik befindlichen Bergarbeiterverbände in Saarbrücken sind von der französischen Bergwerksverwaltung zu Verhandlungen eingeladen worden.

Ein 10 Milliarden-Roggenwert-Darlehen hat eine Finanzgruppe der Stadt Berlin angeboten, wenn die Finanzgruppe die städtischen Güter gegen einen festen Pachtzins in Zentner Roggen für fünfundzwanzig Jahre zur Verwaltung erhält.

Msgr. Testa, der päpstliche Delegat für die besetzten Gebiete, ist heute vormittag nach Rom abgereist.

In Barcelona sind ein früherer Präsident des sogenannten Roten Syndikats und ein ebenfalls einem extremistischen Syndikat angehöriger Bankbeamter auf offener Straße durch Revolverschüsse getötet worden.

Politische Rundschau.

130 Milliarden Mark für neue Wohnungen. Staatssekretär Scheidt vom Ministerium für Volkswohlfahrt machte in einem Vortrag in Hannover Mitteilung über das Bauprogramm des deutschen Staates für 1923: Nach den Beschlüssen des Reichskabinetts werden aus Mitteln des Reiches 100 Milliarden Mark zur Fertigstellung begonnener Bauten zur Verfügung gestellt; diese Gelder sollen insbesondere den Gemeinden als Darlehen gegeben werden gegen einen Zinssatz, der den Reichsbankdiskont um zwei Prozent überschreitet. Das Reichskabinett hat ferner beschlossen, 200 Milliarden für Neubauten auszuwerfen und 80 Milliarden für den Bau von Beamtenwohnungen. Weiter sollen 50 Milliarden den Ländern als Vorschüsse auf die Erträgnisse der Wohnungsbauabgabe gegeben werden. Dies entspricht insgesamt einer Summe von 430 Milliarden Mark. Mit diesem Geld wird man nach den Berechnungen des Reichskabinetts nur etwa 20 000 Wohnungen in Deutschland herstellen können. — Ein Riesenaufwand für so geringe Erfolge!

Die Berliner Marktgerichte. Zwischen dem Kammergerichtspräsidenten und dem Leiter der Berliner Wucherpolizei fand eine Besprechung über die Marktgerichte statt. Es wurde festgestellt, daß die Gerichte entstehenden Wucher mehrfach im Keime ersticken konnten. Die Marktgerichte sollen weiter ausgedehnt werden.

Berücksichtigte Wünsche der Kommunalbeamten. Der Landtagsausschuß für die Städteordnung nahm bei der Novelle zum Kommunalbeamtengesetz eine Entschließung der Koalitionsparteien an, die lebenslängliche Anstellung in stärkerem Maße sicherzustellen als bisher. Ferner wurde auf Antrag der Sozialdemokraten eine Bestimmung angenommen, wonach die Dienst- und Arbeitsverhältnisse und die Bezüge der städtischen Angestellten und Arbeiter nach Anhörung der Vertreter der Angestellten und Arbeiter zu regeln sind.

Die Spinne.

Roman von Sven Elvestad.
Berechtigte Uebersetzung aus dem Norwegischen
von Julia Koppel.

(Schluß.) (Nachdruck verboten.)

„Erzählte sie noch mehr von der unglücklichen Liebe des jungen Mädchens?"

„Ja, sie nannte auch den Namen des Herrn. Es sollte ein gewisser Konsul Falkenberg sein, der das junge Mädchen verlassen hatte."

„Verlassen?"

„Ja, das sagte sie, und darüber war das junge Mädchen gemütskrank geworden. Eines nachts kamen sie mit ihr in einem Automobil angefahren. Sie war ganz weiß im Gesicht und bewußtlos. Der Arzt war dabei und der Bruder, der Mann, der dort liegt."

Die Frau zeigte auf den gefesselten Mann, und der Bandit wendete sein Gesicht ab.

„Der Arzt erklärte, daß die Kranke eben einen Anfall gehabt habe und daß sie gleich zu Bett gebracht werden müsse. Die Schwester war auch dabei und weinte sehr."

„Die Falsche," zischte Jens.

Asbjörn Krag ermahnte ihn, sich still zu verhalten.

„Weiter," sagte er zu der Frau.

„Schließlich gingen der Arzt und die Schwester, und das junge Mädchen und der Bruder blieben zurück. Der Bruder wohnte in diesem Zimmer, während das junge Mädchen nebenan lag. Am nächsten Morgen bekam sie wieder einen Anfall."

„Wie äußerten sich diese Anfälle?"

„Sie wurde ganz wild und wollte aus dem Fenster springen. Sie behauptete, daß sie von Mördern umgeben sei. Draußen in der Villa liegt ein ermordeter Mann, sagte sie, und als sie meiner ansichtig wurde, rief sie: „Gehören Sie auch mit zur Mordbande?" Da jagte der Bruder mich hinaus. „Meine Schwester darf keinen Fremden sehen," sagte er, „sonst wird sie noch ernster." Ich hörte sie oftmals nach ihrem Verlobten rufen, dem sie vorwarf, daß er sie verlassen habe. Wenn ihre Anfälle am schlimmsten waren, hielt ihr Bruder ihr einen Schwamm unter die Nase, und dann [illegible] sie gleich ruhiger."

„Das heißt, sie wurde bewußtlos."

„Ich weiß nicht. Jedenfalls konnte ich ihre Schreie nicht mehr hören. Der Arzt kam hin und wieder, um nach ihr zu sehen. Die Schwester aber zeigte sich nicht wieder. In den letzten Tagen war mehrfach davon die Rede, daß sie in eine Anstalt übergeführt werden sollte."

Die Frau erzählte noch mehrere Einzelheiten von dem Aufenthaltsort der Geistesgestörten, und Asbjörn Krag bekam eine lebhafte Vorstellung davon, wie schlau und kaltblütig die Bande zu Werke gegangen war. Hätten sie Zeit gehabt, Ada aus der Stadt, nach einem einsameren Orte auf dem Lande zu bringen, würden sie das Spiel gewonnen haben. Glücklicherweise war die Sache hintertrieben worden, wenn auch im letzten Augenblick.

Die Frau war sehr unglücklich, und Krag hatte den bestimmten Eindruck, daß sie ohne Schuld war und im guten Glauben gehandelt habe.

. . . . Graue Morgendämmerung stieg jetzt über Kristiania herauf. Es war mittlerweile 5 Uhr geworden. Die Nacht war reich an Ereignissen gewesen; während der wenigen Stunden nach 11 Uhr hatten die Auftritte wie in einem Kaleidoskop gewechselt: das Fest im Hotel, die spannende Begegnung zwischen Valentine und Asbjörn Krag in der Wohnung der Spinne. Krags Sieg, der Kampf in Adas Zimmer. Darauf hatte die Szene gewechselt. Krag war für eine Weile außer Gefecht gesetzt, und es hatte den Anschein, als ob die Spinne den Sieg davontragen würde. Wieder aber veränderte sich das Bild: Krags überraschender Streich gegen den Chauffeur und sein Auftauchen auf dem Schauplatz in dem Augenblick, als Valentine schon glaubte, den Händen der Polizei die Früchte des Sieges entreißen zu können. Und zum Schluß: Valentines Flucht.

Um halb sechs Uhr fuhren drei Wagen durch die Straßen. In dem ersten saßen Ada, Falkenberg und Asbjörn Krag, im zweiten die Polizeibeamten, in dem letzten lag der „Bruder", der schwarzbärtige Gauner, mit gebundenen Händen und Füßen.

Auf dem Bock des Wagens saß Jens, der ehemalige Zuchthauskandidat, Krags Gehilfe.

Der Junge war mit der Nacht zufrieden. Allerdings befand die Spinne sich noch immer auf freiem Fuß, aber sie war doch gründlich geschlagen und die Beute war ihr entrissen.

Sie hatte aus Kristiania fliehen müssen.

Und jetzt tickte der Telegraph durchs ganze Land:

„Haltet das grüne Automobil an, haltet das grüne Automobil an!"

Jetzt lichtete sich auch der Morgennebel, die Sonne schien über Kristiania und blitzte festlich auf den Dächern. Es schien ein schöner Tag zu werden.

Und auf dem Bock saß Jens und baumelte mit den Beinen und pfiff: „Muß i denn zum Städtele hinaus." Er hatte drei Nächte nicht geschlafen, aber er sehnte sich doch bereits nach neuen Abenteuern mit Asbjörn Krag.

Bereits am nächsten Tage begannen die großen Gerichtsverhandlungen gegen die beiden Verhafteten aus der Bande der Spinne. Die Polizei sammelte ein großes Material gegen sie, und es war zweifellos, daß sie viele Jahre Zuchthaus bekommen und darauf an Deutschland ausgeliefert würden, das auch ein oder einige Hühnchen mit ihnen zu rupfen hatte.

Es zeigte sich, daß die Spinne gar nicht gewagt hatte, in ihre Wohnung zurückzukehren, als sie mit dem Automobil flüchtete. In wahnwitziger Fahrt war es über die Landstraßen gegangen, und als die Telegraphenämter morgens geöffnet wurden, war Valentine über alle Berge gewesen.

Sie erreichte den Nachtzug, der nach Schweden ging, wagte aber nicht weiter als bis Gothenburg zu fahren, wo sie und ihr treuer Begleiter sich Hals über Kopf an Bord eines Hamburger Dampfers begaben, der zufällig zur Abfahrt bereit lag.

Bei der Nachforschung, die Asbjörn Krag später vornahm, konnte er ihre Spuren bis nach Berlin verfolgen.

Hier tauchte Valentine Kempel unter.

— Ende. —

Verwaltung der Wohnungs-Zwangswirtschaft. Der Ausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates für Siedlungs- und Wohnungswesen beschäftigte sich mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Aenderung der Bekanntmachung über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel. Der Ausschuß stellte sich in seiner großen Mehrheit grundsätzlich auf den Standpunkt, daß die Zwangswirtschaft beibehalten, eine Verschärfung jedoch vermieden werden müsse. Dem Par. 9 wurde ein neuer Absatz 2 eingefügt, daß „benutzte Räume jeder Art nur beschlagnahmt werden dürfen, soweit sie für den Verfügungsberechtigten entbehrlich sind." Zum weiteren Schutz gegen ungerechtfertigte Beschlagnahmen wurde im Par. 9 b eingefügt, daß „die zur Bekämpfung des Wohnungsmangels getroffenen Verfügungen mit eingehender, schriftlicher, tatsächlicher rechtlicher Begründung dem Betroffenen zuzustellen sind." Für die Geltungsdauer der Verordnung wurde wie im Reichsmieterschutz der 1. Juli 1926 als Frist gesetzt. Der so abgeänderte Entwurf wurde einstimmig gebilligt.

Die Siedlungstätigkeit in Preußen. Im Siedlungsausschuß des preußischen Landtags machte ein Regierungsvertreter zahlenmäßige Angaben über die Siedlungstätigkeit in den letzten Jahren. Bis Ende 1922 wurden 7417 Neusiedlungen auf 70 000 Hektar geschaffen. Die gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften haben jetzt noch 30 200 Hektar Landvorrat. Nach Ansicht der Regierung haben die Siedlungsgesellschaften erhebliche Gewinne nicht erzielt. Bei Besprechung der Roggenrentenbeleihung erklärte ein Redner, es seien schon über 25 Milliarden Roggenrentenbriefe vorhanden. Der Ausschuß nahm eine größere Anzahl von Anträgen zur Siedlungsfrage an, so insbesondere über die Enteignungsentschädigung und den Erwerbspreis, die auf Antrag des Siedlers in Naturalwert festgesetzt und in Naturalrenten getilgt werden können. Ferner soll zur Förderung der Siedlung eine Anleihe in Höhe des Gegenwerts von 15 Millionen Zentner Roggen, also gegenwärtig von 600 Milliarden Mark, aufgenommen werden. Auch soll dem Landwirtschaftsministerium für sämtliche Siedlungsbauten eine angemessener Teil der Wohnungsbauabgabe zur Verfügung gestellt werden.

Kleinrentnerfürsorge im 18. Jahrhundert.

Der Schutz, den jetzt die Kleinrentner gegen die Entwertung ihres aus Wertpapieren und Hypotheken bestehenden Besitzes fordern, ist ihnen schon vor mehr als 150 Jahren gewährt worden. Als gegen das Ende des Siebenjährigen Krieges der Wert des Geldes in Preußen stark gesunken war und die Preise der Lebensmittel stark stiegen, ähnlich wie es jetzt der Fall ist, erließ der Alte Fritz ein „Cirkular, wie es bey Loskündigung der Kapitalien von Seiten der Kreditorum und Debitorum zu halten sei". In dem Erlaß heißt es:

„Es ist zwar eine allgemeine, in der selbstredenden Billigkeit gegründete Rechts-Lehre, daß ein jeder Schuldener, das ihm geschehene Anlehn, in eben der Münz-Sorte, wie er solches empfangen, nach dem inn- und äußerlichen Werthe, zurück zu zahlen verbunden sey, und auch bey Veränderung der Münz-Sorten; weil dadurch der Schuldener nicht leidet, hiervon keine Ausnahme gemacht werden könne.

Diesem zuwider hat es sich jedoch seit einiger Zeit verschiedentlich geäußert, daß die Schuldener ihren Creditoren die Capitalien, so sie in gutem Gelde erhalten, gleich bar zu erlegen, um so mehr gehalten seyn sollen, neuen schlechteren Münz-Sorten bezahlt.

Nachdem dieses nun, von Unserm gesamten Etat-Ministerio, in reifliche Ueberlegung genommen und befunden worden, daß wenn denen Schuldenern, so bereits dadurch, daß sie die Zinsen blos in denen schlechten coursirenden Sächsischen Ein-Drittel-Stücken, mithin nur in der That die Helfte davon bezahlen, profitieren, noch überdies ferner, wie bishero geschehen, gegen Ausstellung eines Reverses wegen des dermaleinst zu vergütenden Agio, verstattet werden sollte, die in altem guten Gelde contrahirte Capitalien, in entweder während Kriege selbst erworbenen oder von anderen wieder aufgenommenen Unseren neuen Gold- und Silber-Münzen zu bezahlen, nichts so sehr am Tage liege, als daß die Creditores, ohne ihr Verschulden, wo nicht die Hälfte, doch wenigstens ein gutes Drittheil ihres Vermögens einbüßen, ja sogar diejenige, so blos von ihren Zinsen leben, dadurch wirklich an den Bettelstab gebracht werden, und es dahero so nöthig als höchst billig sey, diesem in Zeiten vorzubeugen, damit nicht noch mehrere von diesen letzteren ins Unglück gerathen.

Als haben Wir in Gnaden resolviret, hiermit einfür allemal zu verordnen und festzusetzen: Daß alle und jede Schuldener, so ihren Gläubigern die Capitalien aufkündigen, von nun an, selbige in dem erhaltenen guten Gelde zu bezahlen, oder dafür das currente Agio sogleich bar zu erlegen, um so mehr gehalten zu seyn sollen, als es nur bey ihnen stehet, die Aufkündigung zu unterlassen, dagegen aber, sich durch der Creditorum Schaden zu bereichern, von ihnen nicht prädentiret werden kan."

Wissenschaft und Kunst.

Eine „Arno-Holz"-Auktion, bei der Graphiken und Luxusdrucke, die Freunde und Verehrer des Dichters gestiftet hatten, versteigert wurden, brachte einen Erlös von über vier Millionen. Uebrig geblieben ist ein vom Einstampfen seinerzeit verschont gebliebenes Exemplar der ersten „Phantasus"-Ausgaben, weiter ein als Unikum nur für den Dichter gedrucktes Exemplar der „Blechschmiede" und die Handschrift eines bisher nie gedruckten Werkes von Nestroy, dazu noch einiges andere.

1½ Millionen für den Gundolf-Shakespeare. In Dresden fand eine Auktion von Luxusdrucken und moderner Erstausgaben statt, die aber trotz großer Beteiligung aus zahlreichen Städten des Reiche keine Sensationspreise erzielten. Bemerkenswert war nur der Gundolfsche Shakespeare, der sofort auf 1½ Millionen sprang. Auch die Hauptmannsachen waren alle sehr gesucht.

Der Berliner Lehrstuhl für Verfassungsgeschichte ist Prof. Fritz Hartung, Ordinarius für mittlere und neuere Geschichte, in Kiel angeboten worden.

Gericht und Recht.

Zweimal zum Tode verurteilt. Der 20jährige arbeitsscheue Alfred Suchowk aus Schmellwitz, der im Januar die über 80 Jahre alten Eheleute Woitow in Maiberg ermordet hatte, wurde vom Kottbuser Schwurgericht wegen schweren Diebstahls im Rückfalle zu 5 Jahren Zuchthaus und wegen des Doppelmordes zweimal zum Tode verurteilt.

Der Raubzug im Charlottenburger Schloß in Berlin. Der Einbruch im Schloß Charlottenburg, der im Juni 1922 großes Aufsehen erregte, und bei dem die Täter, eine berüchtigte Bande sogenannter Fassadenkletterer, Teppiche im damaligen Werte von vielen Millionen erbeuteten, beschäftigte jetzt die Strafkammer. Die Anklage richtete sich ursprünglich gegen zehn zum Teil bereits mit Zuchthaus bestrafte Personen. Die Verhandlung gegen den Anführer der Bande, den gegenwärtig eine neunjährige Zuchthausstrafe verbüßenden Monteur Adolf Jannlewicz, mußte damals vertagt werden. Mit Jannlewicz zusammen hatten sich jetzt wegen Mittäterschaft der Chauffeur K. Frömming und wegen Hehlerei der Händler P. Nidziella zu verantworten. Das Gericht erkannte gegen Jannlewicz auf zwei Jahre Zuchthaus, gegen Nidziella auf zwei Jahre Gefängnis. Frömming wurde freigesprochen.

Ein Muttermörder vor Gericht. Eine der entsetzlichsten Bluttaten, die die Kriminalgeschichte aufzuweisen hat, beschäftigte das Schwurgericht des Berliner Landgerichts 2. Unter der Anklage der Ermordung seiner eigenen Mutter und des Mordversuches an seiner Schwester, die sich dann aus Furcht vor dem Mörder selbst aus dem dritten Stock auf die Straße hinunterstürzte und den Tod fand, hatte sich der Schlosser Roman Millner zu verantworten. Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen Totschlags zu lebenslänglichem Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebensdauer.

Todesurteil gegen zwei Brüder. Das Schwurgericht in Kiel verurteilte die Brüder Fritz und Rudolf Kasimir wegen gemeinsamen Raubmordes zum Tode. Sie hatten im Februar 1920 die Verkäuferin eines Schokoladengeschäfts abends in ihrem Laden überfallen und durch Erdrosseln getötet und dann einen Teil der Warenvorräte geraubt.

Vermischtes.

Eine große Autostraße London-Liverpool soll demnächst gebaut werden. Die Kosten sind auf 15 Millionen Pfund (300 Millionen Goldmark) veranschlagt. Die Straße soll über Manchester führen. Sie ist über 300 Kilometer lang. In Verbindung mit dem Plan wird dem Unterhaus ein Gesetzentwurf unterbreitet werden, der der Betriebsgesellschaft, die die Straße baut, das Recht verleiht, Zölle zu erheben. Mit diesen Mitteln soll der Bau und die Instandhaltung der Straße bestritten werden. Jeder Verkehr von Fußgängern und Pferdewagen auf der Straße ist verboten.

Ein düsteres Zukunftsbild für Berlin. In der Berliner Stadtverordnetenversammlung gab es eine Aussprache über die Broschüre des Oberbürgermeisters Dr. Böß über die „Not der Stadt Berlin". Der sozialdemokratische Stadtverordnete Dr. Moses gab ein ergreifendes Bild von dem Elend in den unteren Bevölkerungsschichten und im Mittelstand. Die Skrofulose sei wieder erwacht. Tausende und Abertausende von Kindern litten unter dieser schrecklichen Krankheit, weil die Eltern die Milch nicht mehr kaufen könnten. Medizinalrat Dr. Rabnow erklärte, wenn nicht energisch eingegriffen werde, werde unsere Jugend vollkommen dahinsiechen, und es werde der Masse des Volkes die Kraft fehlen, wirtschaftlich das zu leisten, was erforderlich sei, um Deutschland wieder in die Höhe zu bringen.

Hochzeit im englischen Königshaus. In London fand die Hochzeit des Herzogs von York, des zweiten Sohnes des englischen Königspaares, mit Lady Elisabeth Bowes-Lyon statt.

Die sterbende Goldgräberstadt. Dawson City, die berühmte Stadt, die bei den Goldfeldern von Yukon entstand, ist dem Untergang nahe. So berichtet der japanische Unternehmer Jnjiro Wada, der die Goldfelder von Fairbanks entdeckt hat. Wada, der seit dreißig Jahren im Norden von Kanada lebt, erzählte auch von dem allmählichen Aussterben der Eskimo an der arktischen Küste, unter denen schwere Krankheiten wüten. „Dawson City", berichtet Wada, „geht demselben Schicksal entgegen wie die andern Goldgräbersiedlungen: es verschwindet. Zwar gibt es noch viel Gold überall in dem Yukon- und Alaskagebiet; aber die Anstrengungen des Lebens sind zu groß, und niemand kann es hier auf die Dauer aushalten. Die Eskimos sind ein dem Untergang geweihtes Volk. Jedes Mal, wenn ich wieder nach ihren Siedlungen komme, finde ich, daß die Bevölkerung abgenommen hat."

Ein Kant-Zimmer in Königsberg. Königsberg ist um eine neue, höchst wertvolle Sehenswürdigkeit bereichert worden. Geburts- und Wohnhaus Kants sind längst vom Erdboden verschwunden; nun hat man sozusagen am Vorabend des 200. Geburtstages Immanuel Kants sich aufgerafft, die früheren Sünden dadurch gutzumachen, daß man wenigstens ein Kant-Zimmer eingerichtet hat, in dem man alle Andenken und überhaupt alle Dinge, die sich auf den Weltweisen beziehen, gesammelt aufgestellt hat: Bücher, Stiche, Handschriften, Bilder, Büsten und die Reliquien, die mit seiner Persönlichkeit zusammenhängen. An das Reich ergeht nun von Königsberg der Ruf, daß alles, was sich auf Kant bezieht, allerorts gesammelt werde und der Königsberger Gedächtnisstätte zugeführt werden möge.

Ein Dramatikerpreis. Frau Else Conn-Reinert (Neapel) hat dem Verbande deutscher Bühnenschriftsteller und Bühnenkomponisten e. V. 700 Lire für einen Dramatikerpreis gestiftet.

Aus der Heimat.

Einsendungen aus unserm Leserkreise sind jederzeit willkommen; umgehende Zusendung ist erforderlich. — — —

Meinerzhagen, den 2. Mai.

— **Kleinrentnerfürsorge.** Der sozialpolitische Ausschuß des Reichstages beschäftigte sich mit den von der Regierung aufgestellten Richtlinien für die Kleinrentnerfürsorge. Ein Vertreter des Reichsarbeitsministeriums erklärte, daß eine einheitliche Regelung für das ganze Reich dringend notwendig sei, weil zwar die großen Städte im allgemeinen den aufgestellten Richtlinien entsprochen haben, mittlere und insbesondere kleinere Städte und Landgemeinden sie aber nicht beachten, vielfach sogar nichts für die Fürsorge getan haben. Die amtliche Durchführung leide noch zu sehr am Bürokratismus; die Heranziehung der Rentnerbünde zur praktischen Mitarbeit werde segensreich sein. So sei es beispielsweise notwendig, für den Verkauf von Gegenständen der Kleinrentner Einrichtungen zu treffen. Manche Städte hätten für die Beschäftigung der Rentnerfrauen bereits vorbildliche Einrichtungen getroffen. Die Regierung wolle zwischen einmaligen und laufenden Unterstützungen scharf unterscheiden. Für einmaliges Eintreten dürfe keine Verpfändung des Vermögens verlangt werden. In der jetzt monatlich vorgenommenen Nachprüfung der Lage liege eine unnötige Belästigung der Rentner. Freie ärztliche Hilfe dürfe nicht ohne weiteres gewährt werden, etwas müsse auch der Rentner beitragen. Die Kernfrage liege aber in der Heranziehung des Vermögens der Rentner. Dessen Erträge müßten neben den laufenden Verpflichtungen zur Bestreitung des Lebensunterhaltes verwendet werden. Der Stamm des Vermögens dürfe jedoch nur beschränkt herangezogen werden, d. h. dem Vermögen und Alter des Fürsorgeempfängers und seinen sonstigen Verhältnissen entsprechend. Die einem Lande oder einer Gemeinde erstatteten Fürsorgeleistungen seien wieder zum Zwecke der Kleinrentnerfürsorge zu verwenden. Diese könne aber auch in Form von Unterstützungen an Einrichtungen erfolgen, die unmittelbarer Fürsorge dienen. Die Finanzfrage soll in der Weise geregelt werden, daß 90 Prozent der im Reichshaushalt zur Verfügung gestellten Beträge an die Länder verteilt werden. Von den restlichen 10 Prozent, die zur Verfügung des Reichsarbeitsministeriums bleiben, sind Mittel für solche Zwecke bereitzustellen, deren Bedeutung für die Fürsorge über das Gebiet eines Landes oder einer preußischen Provinz hinausgeht. Ein Unterausschuß soll die Richtlinien im einzelnen beraten.

— **Die Zwangsanleihe.** Während zwei Drittel des Zwangsanleihebetrages bis zum 30. April 1923 gezeichnet werden müssen, braucht das letzte Drittel erst binnen zwei Monaten nach Zustellung des Bescheides gezeichnet zu werden. Es ist jedoch zu beachten, daß der Zeichnungspreis von Hundert vom Hundert nur noch für Zeichnungen im Monat April gilt. Für Zeichnungen nach dem 30. April erhöht sich der Zeichnungspreis monatlich um je 10 v. H. Dies gilt auch für Zeichnungen des letzten Drittels. Wer also beispielsweise das letzte Drittel auf Grund des Bescheides im Juli zeichnet muß 130 v. H., wer es im August zeichnet, 140 v. H. des Nennbetrages der Zeichnung zahlen. Will sich daher jemand auch für das letzte Drittel den günstigen Zeichnungspreis von Hundert vom Hundert sichern, so zeichne er dieses auch noch bis zum 30. April 1923.

+ **Meinerzhagen, 2. Mai. Als in diesen Tagen der Landwirt Kalthoff in Korbecke eine alte Scheune abbrechen ließ, fand man unter dem Fußboden versteckt einen Lederbeutel mit Goldgeld. Wie das Geld dahin gekommen ist, konnte bisher noch nicht festgestellt werden; es dürfte aber, da es eine ältere Prägung aufweist, schon jahrelang dort gelegen haben. Das nennt man „Schwein" haben.**

Westfalen-Rheinland.

Hattingen, 30. April. In der letzten Kreistagssitzung wurde auch die Arbeitslosenfrage besprochen. Von 11 500 Erwerbslosen werden 4700 mehr oder weniger beschäftigt. 610 werden mit Notstandsarbeiten beschäftigt und 757 sind arbeitslos. Etwa 6000 müssen unterstützt werden. Zum Teil geschieht diese Unterstützung durch industrielle Werke. Die Wohlfahrtsfürsorge erstreckt sich neben der Verteilung der Ruhrspende hauptsächlich auf die Unterbringung von Kindern des Kreises im unbesetzten Deutschland. Der Antrag des Elektrizitätswerkes „Westfalen" auf Uebernahme einer weiteren selbstschuldnerischen Bürgschaft wurde einstimmig genehmigt.

Dortmund, 30. April. Die Preisprüfungsstelle befaßte sich in letzter Sitzung mit der durch den neuerdings eingetretenen Marksturz auf dem Markt geschaffenen Lage. Der Marksturz machte sich auf dem Lebensmittelmarkt besonders schnell bemerkbar; es wurde beobachtet, daß mit dem Steigen des Dollarkurses sofort das Hamstern von Fettwaren einsetzte. Die Folge davon war, daß die geringen Vorräte an Fettwaren, die sich in Händen des Kleinverkaufs befanden, rasch ausverkauft waren und in vielen Geschäften schon am anderen Tage Waren zu wesentlich höherem Preis verkauft wurden. Ein Zurückhalten der Waren dürfte in nennenswertem Umfange wohl nicht stattgefunden haben. Die Preisprüfungsstelle meint, die in der Verbraucherschaft verbreitete Auffassung, daß die Mehrzahl der Geschäfte die Fettwaren nach dem Steigen der Devisenkurse sofort aus dem Verkehr gezogen hätte, um sie später zu höheren Preisen zu verkaufen, habe sich nicht bestätigt. Der Kleinhandel sei bei der Höhe der Fettpreise im allgemeinen auch gar nicht in der Lage, nennenswerte Vorräte zu besitzen, weil er die gewaltigen Geldmittel eben nicht aufbringen könnte. Wenn der Kleinhandel kein Fett mehr habe, so dürfe daraus nicht geschlossen werden, daß ein Mangel an Fettwaren überhaupt bestünde. In Dortmund sei zurzeit genug Fett vorhanden. Diese Vorräte befinden sich aber in den Händen des Großhandels und in Konsignationslägern, die ausschließlich im Besitz ausländischer Firmen sind. Der Großhandel kauft Fettwaren nur mit ausländischer Währung ein. Da der Kleinhandel aber den Großhandel und die Konsignationsläger, von denen er seine Waren bezieht, mit deutscher Währung bezahlen muß, so erklärt sich auch, daß die Fettpreise bei einem Steigen der Devisenkurse sich so schnell an diese anpassen.

Dortmund, 30. April. Die Stadtverordnetenversammlung befaßte sich mit einer Vorlage des Magistrats, wonach 4½ Milliarden Mark für den Ausbau der städtischen Krankenanstalten gefordert wurden. Der Ausbau soll als Notstandsarbeit angesehen werden. Die Vorlage gelangte nach längerer Aussprache zur Annahme.

Münster, 30. April. Der Haushaltsplan der Stadt Münster stellt sich für das Rechnungsjahr 1923 in Einnahme auf 12 628 267 190 Mk. und in Ausgabe auf 14 904 552 666 Mk., so daß sich ein Fehlbetrag von rund 2¼ Milliarden Mk. ergibt. Der vorjährige Haushaltsplan zeigte einen Fehlbetrag von 20 302 600 Mk.

Bocholt, 30. April. Einem kürzlich ergangenen Stadtverordnetenbeschluß entsprechend, hat die Stadtverwaltung eine Anzahl von Särgen beschafft, die im Bedarfsfalle an solche Personen abgegeben werden, denen die Aufbringung der bei Sterbefällen erforderlichen Mittel nicht möglich ist. Die Bedingungen, unter denen die Abgabe erfolgt, werden dem Einzelfalle angepaßt.

Bielefeld, 30. April. **Der Viehhändler Friedrich Kleineberg aus Vilsendorf im Landkreis Bielefeld forderte auf dem letzten Viehmarkt für ein 12½ Pfund schweres Ferkel 112 000 Mark. Die Wucherpolizei schritt gegen das wucherische Treiben des Viehhändlers ein, indem sie ihm die sämtlichen Ferkel beschlagnahmte und zu dem Preis von 4000 Mark für das Pfund Lebendgewicht an die Bevölkerung verteilte.**

Frühdevisen

mitgeteilt vom Barmer Bankverein, Lüdenscheid.

Dollar zwischen 10 u. 11 Uhr **31 300**

England 145 000
Holland 13300
Frankreich wird nicht notiert
Belgien wird nicht notiert
Schweiz 5650
Italien 1520

Tendenz: ruhig.

Köln, 30. April. Aus dem bekannten Ausflugsort Zons wird gemeldet, daß dort eine schreckliche Maikäferplage herrscht; beim Schütteln von 10 Bäumen wurden einmal zwei Zentner Maikäfer gesammelt. Maßnahmen zur Beseitigung dieser Plage sind ergriffen worden.

Köln, 30. April. Wie die „Rheinische Zeitung" erfahren haben will, hat Thyssen das Bonner Gaswerk auf 99 Jahre gepachtet. Seine Absicht soll dahin gehen, sämtliche Gaswerke am Rhein von Köln bis Mainz zu erwerben, um so am Rhein entlang eine Gasfernversorgung einzurichten, ähnlich derjenigen im Ruhrgebiet. Er soll mit mehreren rheinischen Städten in Unterhandlungen stehen, um ein größeres Gelände zu erwerben zum Bau einer Nebengasanstalt. Kohlen sollen mit den Schiffen dann herbeigeschafft werden. Ebenso soll der Koks auf dem Rhein abtransportiert werden.

Köln, 30. April. Ein bisher unbestrafter Postbote wurde von der Kölner Strafkammer zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte aus einem aus Amerika kommenden Briefe ein Dollarnote entwendet und gab an, aus Not gehandelt zu haben, da er nach der Wiederverheiratung seines Vaters auf sich allein angewiesen sei und mit seinem Gehalt nicht habe auskommen können.

Köln, 30. April. Ein Metzgermeister, der wegen Hehlerei in Untersuchungshaft saß, entwendete einem mit ihm in Haft sitzenden Berufsgenossen ein goldenes Gebiß aus der Tasche. Das Gebiß gab er einem Hilfsaufseher, der es an den Mann bringen sollte. Durch einen Zufall wurde das Gebiß aber entdeckt und die Untersuchung führte zur Aufklärung des Diebstahls. Der Metzgermeister und der Gefangenenaufseher werden sich demnächst vor dem Gericht zu verantworten haben.

Bonn, 30. April. Das Bonner Wuchergericht verurteilte einen Landwirt aus Bliesheim wegen Preistreiberei zu einer Geldstrafe von einer Million Mark. Der Angeklagte hatte Anfang März d. J. für vier Wochen alte Ferkel einen Preis von 165 000 ℳ gefordert und erhalten. Der erzielte Uebergewinn von 340 000 ℳ wird eingezogen. — Drei Viehhändler aus Honnef waren wegen Preistreiberei und Kettenhandels unter Anklage gestellt. Der eine hatte am 18. Jan. ein Stück Rindvieh zum Preise von 453 000 Mark an- und am 2. Februar an den zweiten Angeklagten für 550 000 Mark verkauft. Dieser verkaufte das Vieh drei Tage später an den dritten Angeklagten für 750 000 Mark, und dieser wiederum verlangte am 10. Februar, also fürf Tage später für dasselbe Stück Vieh eine Million Mark. Als der Käufer, ein Metzger, diesen Preis nicht anlegen wollte, ging der Viehhändler auf 900 000 ℳ herunter; dieser Preis wurde auch gezahlt. Dem Antrage des Staatsanwalts gemäß erkannte das Wuchergericht gegen den zweiten und dritten Angeklagten auf 500 000 ℳ bezw. 400 000 ℳ Geldstrafe; der erste Angeklage wurde freigesprochen.

Remagen, 30. April. Um Jahrzehnte fühlt man sich zurückversetzt beim Anblick des Pferdeomnibusses, mit dem jetzt die Gemeinde Neuenahr eine Verbindung nach dem Rhein hergestellt hat.

Düsseldorf, 30. April. Eine Aktentasche mit Wertpapieren in Höhe von 80 Millionen Mark war einem Industrieangestellten auf der Graf-Adolf-Straße hier entrissen worden. Der Straßenräuber, ein Schlosser aus Zons, wurde aber alsbald festgenommen, so daß die Aktentasche mit den Wertpapieren der geschädigten Firma wieder zugestellt werden konnte.

Neuß, 30. April. Der Stadt Neuß wurde von einem geborenen Neußer aus Buenos Aires 500 Gulden, das sind 5½ Millionen Mark für die Armen gespendet.

Rheydt, 30. April. Die Stadtverordneten beschlossen infolge Rückganges der Volksschülerzahl die Aufhebung von sieben Elementarschulklassen. Das bis jetzt ungedeckte Defizit des Haushaltsplanes für 1923 beläuft sich auf eine Milliarde 200 Millionen Mark.

Solingen, 30. April. Scharfe Angriffe hat in der Stadtverordnetensitzung ein kommunistischer Stadtverordneter gegen die Leitung des städtischen Arbeitsamts gerichtet. U. a. hat er behauptet, daß vom Tarifamt städtische Arbeiter moralisch gezwungen worden seien, entweder einen Antrag auf Versetzung in den Ruhestand einzureichen oder unter Tarif zu arbeiten.

Solingen, 30. April. Die Solinger Erwerbslosen veranstalteten Freitag nachmittag vor dem Rathaus eine Kundgebung, die aber ruhig und ohne Zwischenfall verlief. Eine Abordnung der etwa tausend Demonstrierenden begab sich in das Rathaus zum Oberbürgermeister und überreichte ihm eine Reihe Forderungen, die sich, hauptsächlich in Unterstützung in Geld , Nahrungsmitteln, Kleidung und dergl. erstreckten. Der Oberbürgermeister sagte die sofortige Prüfung der Forderungen zu.

Krefeld, 30. April. Im Anschluß an eine Kirmes kam es in dem benachbarten St. Tönis zu einem blutigen Zwischenfall. Junge Burschen lärmten vor dem Hause eines belgischen Staatsangehörigen, worauf dieser im Verlaufe eines Streites vier Schüsse abgab. Ein unbeteiligter Krefelder Bürger wurde so schwer verletzt, daß er starb. Eine andere Person erhielt leichtere Verletzungen.

Rees, 30. April. Im hiesigen Krankenhause starb ein Wasserbauarbeiter aus Niedermärntner infolge Blutvergiftung, die er sich beim Ausziehen von Haaren aus der Nase zugezogen hatte.

Hamborn, 30. April. Mit einer schweren Schädelverletzung tot aufgefunden wurde der 21jährige Arbeiter Theodor van Laak. Nach den polizeilichen Ermittelungen hatte der junge Mann eine Tanzfestlichkeit besucht, wobei es zu Streitigkeiten zwischen mehreren Leuten kam. Anscheinend ist van Laak von einem der Beteiligten auf seinem Nachhausewege überfallen und mit einem Schlagring niedergeschlagen worden, wobei man ihm seine Barschaft in Höhe von 50 000 ℳ raubte. Einige Verhaftungen wurden vorgenommen.

Essen, 30. April. Der Essener Männergesangverein Concordia trat eine Konzertreise nach Süddeutschland an. Der über 200 Sänger starke Chor wird unter Leitung seines Dirigenten R. Hoffmann-Bochum u. a. im Deutschen Theater in München, in der Sängerhalle, im Stadtgarten in Augsburg und im Industrie- und Kultursaal in Nürnberg Konzerte veranstalten.

Wirtschaftliche Rundschau.

Allgemeine Lage. Durch die neue Markentwertung ist ein neues Moment der Unruhe und der Unsicherheit in das deutsche Wirtschaftsleben hineingetragen worden, wodurch die mühsam begonnene Preisabbaubewegung im Keime erstickt wurde.

Staatswirtschaft. Die Staats- und Finanzwirtschaft ist durch den Ruhreinbruch in völlige Verwirrung geraten. — Der Haushaltsplan 1923 für die aus dem Versailler Vertrag entstandenen Leistungen beziffert sich infolge der Markentwertung auf viele Billionen. Er schließt mit einem Defizit von mehr als 10 Billionen Mark ab.

Börse. Die Börse befürchtet, daß die scharfe Verteuerung der Geldanleihraten inflationssteigernd wirken wird. — Die Börse steht immer noch im Banne der Ungewißheit über die politischen Ereignisse der nächsten Zeit. Die schwankende Haltung blieb bestehen.

Handel und Industrie. Man befürchtet, daß die Kreditverteuerung weitere ungünstige Wirkungen auf den Beschäftigungsgrad der Industrie ausüben wird. Handel und Industrie werden mit neuen Sorgen beladen. — Aus der Spielwarenindustrie erhalten wir einen sehr ungünstigen Bericht über die Lage.

Kohlen. Im März erhielt Deutschland von England 1 836 399 Tonnen Kohlen gegen 477 718 Tonnen im Jahre 1922, d. i. eine Steigerung von 8 auf 25 Prozent.

Holzmarkt. Die Schnittwarenhersteller versuchen die Preise wieder zu heben. Abschlüsse finden nur zögernd statt, weil der Handel sehr zurückhaltend ist. Von einer groß angelegten Aufwärtsbewegung ist vorerst noch keine Rede. Es fehlt vor allem noch am Eingang neuer Aufträge.

Baumarkt. Infolge Ermäßigung der Kohlenpreise sind die Richtpreise für Baustoffe nach dem Preisbericht der „Bauwelt" um etwa 10 Prozent herabgesetzt worden. Die Zementpreise sollen zunächst beibehalten bleiben.

Warenmarkt. Der Preisabbau darf als verunglückt betrachtet werden. Allgemein fast ist die Preistendenz aufwärts gerichtet. Die dem Einzelhandel vom Produzenten oder Großhandel angebotenen neuen Waren zeigen fast durchgehend Aufschläge. — Für die Zeit vom 1. Jan. bis 30. Juni 1923 wurde das Zigarettenkontingent auf 100 Prozent des Kontingentfußes festgesetzt. Auf der Leipziger Versteigerung erfuhren die Preise für Füchse 15—25 Prozent, Iltisse 15—20 Prozent, Steinmarder 10—20 Prozent, Ottern bis 30 Prozent, Bisam 20—30 Prozent, Maulwürfe 20—30 Prozent Aufschlag gegenüber der Märzauktion. — Am Häutemarkt hat wieder die Preissteigerung eingesetzt. Auf der Berliner Auktion betrugen die Aufschläge 20 bis 50 Prozent. — Auch auf den letzten Lederbörsen haben die Preise für Leder aller Art angezogen.

Ausstellungen und Messen. Vom 16. bis 21. Mai ist in Stuttgart eine große landwirtschaftliche Ausstellung. — In Riga wird vom 22. Juli bis 5. August die 3. internationale Landwirtschafts- und Industrie-Ausstellungs-Mustermesse abgehalten. — In Mannheim wurde die 3. Erfindungen-, Neuheiten- und Industriemesse eröffnet.

Landwirtschaft. Der Stand der Saaten hat sich gebessert. Wärmeres Wetter ist zur Förderung der Vegetation sehr erwünscht.

Forstwirtschaft. Aus Forstkreisen erhalten wir einen Bericht, demzufolge in verschiedenen Gegenden der Borkenkäfer heuer massenhaft auftritt.

Produktenmarkt. Die Märkte reagierten sofort auf das Anziehen des Dollars. Das Geschäft hielt sich bei fester Tendenz im allgemeinen in engem Umfange, da sich Geldknappheit stark fühlbar macht. In den letzten Tagen ist auch größere Vorsicht der Käufer wieder zu beobachten. — Die Reichsgetreidestelle hat sich reichlich mit Vorräten eingedeckt, um jederzeit in der Lage zu sein, in die Preisgestaltung regulierend einzugreifen, so daß ein dauerndes Hinaufschnellen der Preise über die Weltmarktpreise ausgeschlossen erscheint. — Am Hopfenmarkt ziehen die Preise weiter an.

Viehmarkt. Die Viehpreise bewegen sich wieder nach oben. Die neuerlichen Vorgänge am Devisenmarkt haben die Preise sofort wieder und teilweise sogar ganz erheblich in die Höhe gebracht. Das Verkaufsgeschäft war mittelmäßig belebt.

Lebenshaltung. Das Leben verteuert sich wieder von Tag zu Tag. Die hohen Fleischpreise zeitigen einen immer weiteren Rückgang des Verbrauches. Vor dem Kriege kam auf den Kopf durchschnittlich pro Woche 1 Kilo Fleisch, heute ist der Verbrauch weit unter die Hälfte zurückgegangen.

Verkehr. Der gesamte deutsche Schiffspark ist wieder auf rund ein Drittel seines früheren Bestandes aufgefüllt worden. Im Wettbewerb der großen Kontinental-Nordseehäfen hat Hamburg wieder den ersten Platz erobert und auch Rotterdam und Antwerpen wieder geschlagen.

Arbeitsmarkt. Die Zahl der Erwerbslosen vergrößert sich ständig, wenn auch in langsamem Tempo.

Ausland. Im abgetrennten Oberschlesien besteht eine scharfe Wirtschaftskrise. — In Oesterreich ist v. 15. 3. bis 15. 4. der Index wieder um 7 Prozent gestiegen. — Frankreich hatte im 1. Vierteljahr 1923 einen Einfuhr-Ueberschuß von 475 Mill. Fr. — In England ist die Zahl der Arbeitslosen seit 1. Januar um 246 378 zurückgegangen. — In Schweden mußte infolge der Stockung des Absatzes von Erz nach dem Ruhrgebiet in verschiedenen Gruben die Arbeit auf 4 Wochentage herabgesetzt werden. — In Amerika tritt das Nachlassen der Kauflust wieder stärker hervor.

Die bedrohte deutsche

Geisteskultur

zu erhalten, ist mehr als je Sache aller Volksschichten. Für jeden Staatsbürger erwächst deshalb die Pflicht, sich in die grundlegenden Voraussetzungen des geistigen Wiederaufbaues zu vertiefen. Als eine ihrer vornehmsten Aufgaben betrachtet es die

Rheinisch-Westfälische Zeitung

ihren Lesern in dem Sonderteil „Kunst — Wissen — Leben" über die Vorgänge auf dem Gebiete

des Schrifttums, der bildenden Kunst, der Musik, der Wissenschaft

zu berichten. Mit Dichtungen, Novellen, Skizzen und künstlerischen, literarischen, sowie wissenschaftlichen Aufsätzen wechseln regelmäßige sachliche Kritiken über alle bedeutenden Theateraufführungen, Vorträge und Konzerte an den Mittelpunkten des künstlerischen Lebens, sowie Besprechungen über Neuerscheinungen auf dem Büchermarkte. Kraft seiner Reichhaltigkeit und seiner Gediegenheit gilt das Feuilleton unseres Blattes in Kennerkreisen als tonangebend.

Bestellungen auf die RWZ nehmen die bekannten Geschäftsstellen und Hauptvertretungen, sowie alle Postanstalten und die Briefträger entgegen.

Rheinisch-Westfälische Zeitung
Haupthaus Essen.

Verein der Fuhrwerksbesitzer
Meinerzhagen.

Heute abend 8½ Uhr
Versammlung
im Lokale H. Woeste.
Der Vorstand.

Landwirtschaftliche Verein
Meinerzhagen.

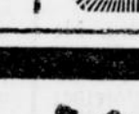
Unsere Mitglieder werden dringend ersucht, die als Beitrag für unsern Verein zu liefernde Fruchtmenge pro Morgen Kulturfläche 1 Pfund **möglichst sofort** an Firma Rehorst & Neuhaus abzuliefern.
Der Vorstand.

Kleine Anzeigen
haben in
dieser Zeitung
anerkannt
Grosse Wirkung!



Freiw. Feuerwehr
Willertshagen.

Am Samstag, den 5 Mai abends 8 Uhr
gemütliches
Beisammensein.
Die passiven Mitglieder sind herzlichst eingeladen.
Der Vorstand
Die aktiven Mitglieder haben in Uniform zu erscheinen. Die pass. Mitglieder müssen die Mitgliedskarte vorzeigen Nichtmitglieder haben keinen Zutritt.



Bin Donnerstag, den 3 ds. Mts. um 9. Uhr in Vollme, 11 Uhr bei Cramer Kierspe-Bahnhof, 1 Uhr in Neuemühle, 4 Uhr in Herscheid-Wilhelmshöhe mit Ia oldenburger
Schweinen
zum Verkauf.
Kämper, Oenneking.



M.-G.-V., „Germania"
Meinerzhagen.

Donnerstag abend 8¼ Uhr
Chorstunde
im Vereinslokal.
Pünktliches Erscheinen dringend erwünscht.
Der Vorstand.



M.-G.-V.
„Unter den linden"
Meinerzhagen.

Freitag abend 6 Uhr
Chorstunde.
Der Vorstand.

Ia Saatwicken
angekommen.
Rich. Grote,
Meinerzhagen.

Pickel!!! Mitesser!!!
Kostenlos gebe ich jedem gern Auskunft über ein einfaches, oft wunderb. Mittel.
Frau **M. Poloni,**
Hannover D180, Schließf. 1

Westf. Glasniederlage, Hagen
Fernsprecher 2643 **Inh. Heinr. Theis jr.** Wehringhauserstr. 44
Größtes Unternehmen dieser Art am Platze.
Billigste Bezugsquelle für Wirte-Vereine.
Spezialität: Wirtschaftsartikel.
Liefere ab Lager oder Fabrik:
Augenseidel ⅘, ⅖ :: Walzenseidel ⅘, ⅖ :: Pilsener Hansa-, und Ernst-Seidel ⅘, ⅖.
Schnaps-, Likör-, Wein- und Sektgläser, sowie Tulpen, Eisschalen usw.
In allen Größen und Formen.

Eine kleine Anzeige
läßt sich fast auf allen Gebieten erfolgreich anwenden. Wenn Sie irgend etwas kaufen, verkaufen oder tauschen wollen, wenn Sie eine Stellung zu vergeben haben oder suchen, dann geben Sie eine kleine Anzeige auf,
:—: denn sie :—:
führt schnell zum Ziel!

Drucksachen aller Art
liefert schnell und preiswert
Walther Kämper - Meinerzhagen.

Fichten-Schleifholz
Stammholz
Grubenholz
in jeder Menge ab Wald oder frei Waggon sowie hierzu geeignete
Waldbestände
zu höchsten Tagespreisen zu kaufen gesucht. Vermittler erhalten hohe Provision
Achenbach & Born, Holzgroßhandlung
Siegen i. W.